

Einigung
in Sicht

FLUGLÄRMSTREIT Bundesrätin Doris Leuthard und der deutsche Verkehrsminister Peter Ramsauer wollen den Fluglärmstreit beilegen. Sie haben am WEF in Davos eine Absichtserklärung unterzeichnet. Ein Staatsvertrag soll bis im Sommer vorliegen.

Die vereinbarten Eckwerte sehen eine Reduktion der Anzahl Anflüge über süddeutsches Gebiet vor. «Wir haben noch keine Zahl», betonte Verkehrsministerin Doris Leuthard am Samstag in Davos. Diese werde erst im Zuge eines Gesamtpakets festgelegt. Bereits gestern legte ihr deutscher Amtskollege Peter Ramsauer allerdings nach. Im Interview mit der «NZZ am Sonntag» sagte er, die Bevölkerung in Süddeutschland habe mit über 100 000 Flugbewegungen eine «nicht hinnehmbare Belastung» zu erdulden. «Ich muss diese reduzieren.» Er verweist auf die Obergrenze von 80 000 Anflügen, die von der Regierung Baden-Württembergs verlangt wird. Auf die Frage, ob Deutschland dieses Ziel anpeile, antwortete er: «Diese Zahl ist die einzige, die von Baden-Württemberg bisher genannt worden ist.»

Entlastung für die Schweiz

Wie Leuthard und Ramsauer am Samstag sagten, sollen für das Zugeständnis der Schweiz mehr Anflüge über Deutschland in den Morgen- und den Abendstunden möglich sein. «Wir möchten Deutschland lärmfreie Zeiten geben, möchten für den Flughafen am Morgen und am Abend aber mehr Flexibilität», so Leuthard. Unter dem Strich sollten auf diese Weise dicht besiedelte Gebiete in der Schweiz entlastet werden.

Beide Verkehrsminister setzen ihre Hoffnungen zudem in die technische Entwicklung: Sollte der Fluglärm über Deutschland aus diesem Grund abnehmen, kann die Anzahl der Flüge wieder erhöht werden. Neben weiteren Punkten sieht die Absichtserklärung vor, dass eine gemeinsame Luftverkehrsmission eingerichtet wird, welche die Anwendung und Auslegung eines Staatsvertrags überwacht.

Beide machen Konzessionen

Leuthard räumte ein, dass die Schweiz bei der Zahl der Anflüge schlechter dastehen könnte als mit dem 2002 geschlossenen Staatsvertrag. Nämlich dann, wenn weniger als 100 000 Anflüge über Süddeutschland erlaubt wären, wie es Ramsauer in der «NZZ am Sonntag» andeutete. Leuthard warb aber dafür, den angestrebten Vertrag als Gesamtpaket zu betrachten. «Beide Seiten müssen Konzessionen machen, das ist nicht anders möglich.» Der Lösungsansatz bringe für beide Seiten auch Vorteile. Sie erinnerte daran, dass Deutschland eine weitere Verschärfung der einseitigen Verordnung plane, die die Zahl der Nordanflüge beschränkt. Diese Gefahr wäre mit einem Staatsvertrag gebannt.

Auch Ramsauer zeigte sich zufrieden. Die Absichtserklärung sei «ein erfolgversprechender Schritt nach vorn», sagte. Er kündigte an, schon nächste Woche die Verhandlungsdelegation zu benennen und einen Staatsvertrag noch vor dem Sommer unterzeichnen zu wollen. Ramsauer machte keinen Hehl daraus, dass er das Abkommen noch vor den deutschen Bundestagswahlen im Herbst 2013 unter Dach haben will. Laut Leuthard könnte der Vertrag auf 2014 in Kraft gesetzt werden, «wenn alles gut geht».

sda/us

«Über die Lohnexzesse der Topmanager habe ich mich sehr geärgert»

MONTAGSINTERVIEW Nach 21 Jahren an der Universität Bern tritt Norbert Thom, Professor für Betriebswirtschaftslehre, in den Ruhestand. Im Interview spricht er über die wachsende Unbürokratie, Studenten als Bildungshamster und die «Betreuungsruinen», welche gewisse ausländische Professoren hinterlassen.

Herr Thom, morgen ist Ihr letzter Arbeitstag, am 3. Februar findet die Emeritierungsfeier statt. Freuen Sie sich?

Norbert Thom: Ja, ich sehe der Emeritierungsfeier mit positiven Gefühlen entgegen. Es ist ja nicht ein absolutes Ende, sondern das Schöne ist, dass man trotz Pensionierung bis zum Lebensende Professor emeritus bleibt. Aber ich bin nicht mehr Direktor eines Instituts. Sicher ist es eine Zäsur. Doch wenn ich als Professor noch etwas Fachliches öffentlich sagen will, kann ich dies – und das werde ich auch tun.

Werden Sie der Universität Bern in irgendeiner Funktion erhalten bleiben?

Ja. Bis mein Nachfolger am 1. Juli beginnt, werde ich wöchentlich noch eine Vorlesung halten, die englischsprachige «Intercultural Human Resource Management». Als Emeritus betreue ich noch während fünf Jahren Doktoranden und Habilitanden. Es ist also ein Entpflichten, nicht ein Entrecht.

Was wird Ihnen am meisten fehlen?

Die jungen Studierenden und Mitarbeitenden. Dies ist etwas vom Schönsten an diesem Beruf: Persönlich wird man älter und hat als Ausbildungsinstitution doch immer mit jungen Menschen zu tun. Das Lehren im Hörsaal, Talentbetreuen und Publikationsverfassen habe ich sehr gerne gemacht.

«Gerne gebe ich zu, dass es eine gewisse akademische Eitelkeit gibt.»

Sind Sie auch erleichtert, etwas nicht mehr machen zu müssen?

Die immer grösser werdende Bürokratie, die Fakultäts- und die Departementsitzungen, die Kämpfe um das Budget und um Personalpunkte, die Einhaltung von Reglementen sowie die Deklaration der Stundenzahl für Lehre und Forschung werde ich nicht vermissen. Nachdem ich mich in vielen Publikationen und Vorträgen über Public Management zum Abbau von Bürokratie geäussert habe, ist dies eine meiner grössten Enttäuschungen. Es gibt immer mehr Controlling und Reglemente. Auch das Auftreiben von Drittmitteln – der Kanton Bern bezahlt insgesamt nur 37 Prozent an die Kosten seiner Universität – wird mir nicht fehlen.

Haben Sie sich mit Ihrer Pensionierung auseinandergesetzt?

Ja. Ich hatte im Auftrag von Bundesrätin Doris Leuthard ein Projekt zum Thema «Führungskräfte über 55», zu welchem ich einen Bericht geschrieben habe. Sehr früh habe ich mich mit der demografischen Entwicklung auseinandergesetzt. Spätestens nach dem 60. Geburtstag und nach dem Tod meiner Frau habe ich stärker über dieses Thema reflektiert.

Nur wenige an der Universität Bern können sich «Prof. Dr. Prof. h.c. Dr. h.c. mult.» nennen. Warum machen Sie so einen Kult um diese akademischen Titel?

Wenn man solche Titel verliehen bekommen hat, muss man die Institutionen, welche die Titel verliehen haben, auch ehren. Im Geschäftsverkehr schreibe ich jedoch nur Prof. Dr. Norbert Thom.

In der Fakultät bin ich Norbert Thom, und jeder Student spricht mich mit Herr Thom an. Auf der Haustür steht nur Thom. Aber in wissenschaftlichen Büchern müssen alle verliehenen Titel erwähnt werden. Gerne gebe ich zu, dass es eine gewisse akademische Eitelkeit gibt.

Erinnern Sie sich noch an Ihren ersten Tag als Professor an der Universität Bern?

Ja. Da ging ich in der Nacht auf den 1. April 1991 in mein Büro in der Länggassstrasse 27, um diesen Augenblick bewusst zu erleben. Sie kamen direkt von der Universität Freiburg nach Bern.

Genau. Und ich habe drei sehr gute Assistenten mit nach Bern gebracht. Dann hatten wir den ersten Hilfsassistenten, Robert J. Zaugg, der heute Professor an der Universität Freiburg ist. Das waren Stunden des Aufbruchs und war eine der besten Phasen in meinem ganzen akademischen Leben. Wir haben in Freiburg sauber abgeschlossen und in Bern mit der Abteilung Mensch und Organisation neu begonnen.

Weil daraus 1991 ein Institut wurde, war dies für mich eine Bombenchance. Das Thema Personal ist meine eigentliche Liebe.

Sind die Studierenden heute schlechter vorbereitet, wenn sie an die Universität kommen, als dies zu Beginn Ihrer Lehrtätigkeit der Fall war?

Das ist schwierig zu sagen. Einige Kollegen beklagen jedenfalls ein tieferes Wissensniveau der Studierenden. Bezüglich Niveau habe ich nie eine Konzession gemacht, auch nicht bei höherer Maturandenquote. Da ist es sehr gut, wenn man unabhängiger, staatlich bezahlter Professor ist. An einer ausschliesslich privat finanzierten Universität würden da vielleicht Konzessionen gemacht. Fakt ist: Mehr als fünfzig meiner Studierenden haben Preise gewonnen. Sehr gute Studierende hat es immer gegeben. An der Spitze habe ich bis heute keine Einbusse festgestelt.

Die Studienreform Bologna hat zur Verschulung der Universität geführt. Ist dies zum Nachteil der Studierenden?

Die Studierenden haben heute mehr Sicherheit, indem sie wie Bildungshamster ECTS-Punkte (European Credit Transfer System) sammeln können. An der Universität Bern ist dies nicht ganz neu – in einer anderen Einheit gab es dies bereits zu Beginn der 90er-Jahre. Nicht so zum Beispiel an der klassischen, über 600-jährigen Universität zu Köln, an welcher ich studiert habe. Dort herrschte die grosse Angst vor dem Finale. Am Ende des Studiums mussten wir über das ganze Fach Bescheid wissen. Heute wird studiert, was ECTS-Punkte gibt.

Etwas überspitzt könnte man sagen: Wenn es keine ECTS-Punkte gibt, besuchen Studierende nicht einmal die Vorlesung eines Nobelpreisträgers. Der Vorteil heute ist die Planbarkeit. Die Studierenden haben einen genauen Fahrplan: 180 Punkte bis zum Bachelor und 90 weitere Punkte bis zum Master.

Hat das Studium durch Bologna an Wert gewonnen?

Es hat an Struktur gewonnen. Meine Assistenten haben jedoch eine viel grössere Prüfungslast. Als ich als Doktorand in Brüssel war, sagte man, dass mein Hobby. Heute kommen Studierende zu mir und sagen, sie wollten an



Der Berner Wirtschaftsprofessor Norbert Thom lehrte mit Freude, aber er geizte auch nicht mit Kritik. Daran will er im

Ruhestand festhalten: «Wenn ich als Professor noch etwas Fachliches öffentlich sagen will, kann ich dies – und das werde ich auch tun.»

Urs Baurmann

die Singapore Management University. Also fragen mich die Studierenden: «Herr Thom, erkennen Sie dortige Vorlesungen an?» Ein Ziel von Bologna ist super: der internationale Austausch. Funktioniert dies tatsächlich so gut wie in der Theorie geplant?

Ich habe eine Vorlesung über interkulturelles Personalmanagement im Masterstudium, in welchem Studierende aus mehr als zwanzig Nationen teilnehmen. Vor Bologna waren dies primär Studierende aus Bern und zugewandten Kantonen.

Die Verschulung des Studiums hat dazu geführt, dass es für die Studierenden schwieriger ist, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Haben Sie da Verständnis für die eidgenössische Stipendieninitiative der Studierenden?

Ja. Einige meiner besten Studierenden kamen und kommen aus wirtschaftlich einfachen Verhältnissen. Einer konnte das Studium nur finanzieren, weil ich ihm einen Job als Hilfsassistent besorgt habe. Wenn Stipendien nach klaren Kriterien vergeben werden, finde ich Stipendien eine gute Sache.

Man könnte nach US-amerikanischem Vorbild auch Darlehen vergeben.

Ja, das könnte man. Nur stünden die Darlehensbezügler dann nach dem Studium vor einem hohen Schuldenberg. Im zentral-europäischen Raum hat man sich weitgehend dafür entschieden, zu sagen, die Studienfinanzierung sei eine Aufgabe des Staates. Wohl könnte man wie in den USA die Staatsquote massiv senken. Doch stellen Sie sich einen Mittelklasseverdiener vor, der das Pech hat, zwei intelligente Kinder zu haben, die eine teure Hochschule bis zum Master be-

suchen. Da verschulden sich die Eltern oder die Kinder enorm. Der Regierungsrat will die Studiengebühr an der Universität Bern um jährlich 300 Franken erhöhen. Wie beurteilen Sie dies?

Diese Erhöhung halte ich für verkräftbar. Die Alternative wäre die Schliessung von Fachbereichen. Dies widerspräche dem Auftrag, dass die Universität Bern eine Volluniversität sein soll.

Die hohe Zahl ausländischer, vor allem deutscher Professoren an Schweizer Hochschulen ist zum Politikum geworden. Können Sie diese Diskussion verstehen?

Ich könnte die Diskussion nicht verstehen, wenn wir Schweizern keine Chance für Professuren geben würden. In Tat und Wahrheit ist es so, dass wir Schweizer Bewerber mit dem Lasso einfangen müssen. Doch weil sie dann als Folge unserer breiten Ausschreibungspraxis vielen sehr gut qualifizierten ausländischen Bewerbern gegenüberstehen, sinkt ihre Wahlchance. Mich stört jedoch, wenn ausländische Professoren die Universität Bern nur als Sprungbrett betrachten.

Gab es solche Fälle?

Ja, solche gab es. Jemand blieb sogar nur elf Monate, andere maximal zwei Jahre. Das ist viel verantwortungslos gegenüber den Studierenden. Was bleibt, sind Betreuungsruinen, weil Stud-

noch zum Master begleitet werden können. Gerade an unserem Departement hatten wir mehrere Kurzzeitprofessoren. Mindestens sechs Jahre sollte ein Professor bleiben.

Ist die Universität Bern als Sprungbrett so attraktiv?

Die Professorengehälter an der Universität Bern sind meist höher als jene der angrenzenden Länder, zudem ist die Ressourcenausstattung gut.

Aber in den internationalen Rankings schneidet Bern nicht sehr gut ab.

Wir gehören sicher zu den zweitwird besten Universitäten der Welt. Gemäss Bildungsökonom Stefan Wolter gibt es kein Land, in welchem 70 Prozent der Studierenden an Universitäten immatrikuliert sind, die zu den zweihundert besten der Welt zählen.

Die wissenschaftliche Laufbahn ist weder sicher noch attraktiv. Besonders für Wirtschaftswissenschaftler ist dies tatsächlich so. Qualifikationen wie Doktorat und Habilitation werden relativ mühsam erworben, doch kann man sich einer Professur nicht sicher sein. Als Wirtschaftsprüfer haben Hochschulabsolventen eine Berufszulassung, die oft von Beginn weg sehr gut bezahlt ist.

In der Lehre ist dies meist erst als Ordinarius der Fall.

Die wissenschaftliche Karriereplanung sollte bereits auf Stufe Assistent beginnen.

Ich habe immer darauf geachtet, Schweizer Assistenten zu verpflichten. So bin ich auch stolz, sechs Schweizer auf Professuren gebracht zu haben, vier Männer und zwei Frauen.

Nutzenmaximierung sei bei Wirtschaftswissenschaftlern ein zentraler Begriff. Doch hat die Lehre – mit Blick auf die Lohn-

exesse von Topmanagern – etwas falsch gemacht?

In meinem Einführungsstudium stelle ich den Shareholder-Ansatz genau dem Stakeholder-Konzept gegenüber und sage, eine Unternehmung sei auch eine öffentliche Institution. Es gibt nicht nur die Anspruchsgruppe Kapitalgeber, sondern auch jene der Arbeitnehmer, Kunden und den Staat. Für mich gibt es eine ökonomische und eine soziale Effizienz. Ohne diese kann man mit dem Faktor Mensch nicht umgehen. Aber wenn die ökonomische Effizienz nicht stimmt, gibt es uns bald nicht mehr. Wir müssen überlebensfähig sein und lebenswert.

Haben Sie sich über die Lohnexzesse der Topmanager geärgert?

Ja, das hat mich sehr geärgert. Und ich habe auch reklamiert, weil da etwas aus den Fugen geraten ist. Mein Aufsatz dazu ist sogar in die Lehrmittel eingegangen. Nobelpreisträger Richard Ernst hat mir geschrieben, es werde Zeit, dass Leute wie ich zu diesen Lohnexzessen Stellung nehmen würden. Es fehlte das Mass und die Aufsicht. Solches Handeln stellt die Marktwirtschaft grundsätzlich infrage.

Haben Sie dieses Negativum in Ihren Vorlesungen thematisiert?

Ja, dies hat dazu beigetragen, dass ich in meiner Vorlesung Personalmanagement die Frage der Ethik thematisiert habe. Ich habe mich bemüht, die menschliche Dimension einzubringen. Als Professor einer staatlichen Universität kann ich mir diese Freiheit herausnehmen. Wäre ich in hohem Masse von bestimmten Firmen gesponsert, wäre die Freiheit sicher an einem kleineren Ort.

ZUR PERSON

Norbert Thom (65) wurde in Kleinstenlohe bei Waldmünchen (Bayern) geboren. Er studierte und doktorierte in Wirtschaftswissenschaften an der Universität Köln. 1984 erhielt Thom die Venia legendi für das Fach Betriebswirtschaftslehre. 1985 wurde er Professor an der Universität Freiburg, seit 1991 ist er Ordinarius für Betriebswirtschaftslehre und Direktor des Instituts für Organisation und Personal der Universität Bern. Ab 1. Februar 2012 ist Norbert Thom Professor emeritus. Er ist verwitwet, lebt heute in fester Partnerschaft und ist Vater eines erwachsenen Sohnes. Seit Herbst 2011 besitzt er auch die Schweizer Staatsbürgerschaft. ue

«Es war fantastisch, dass ich bei den National- und Ständeratswahlen im letzten Oktober mitwählen konnte.»

Was muss ändern, damit solche Exzesse nicht mehr in dieser extremen Form möglich sind?

Die Medien und damit die öffentliche Meinung haben eine wichtige Funktion. Aber es braucht auch interne Governance-Regeln: Was darf die Generalversammlung und was der Verwaltungsrat? Die Aktionäre müssen mitreden und über das Lohnsystem abstimmen.

Zentral ist dabei die Frage: Liesse sich der Lohn rechtfertigen, falls dieser publik würde? Trotzdem muss eine Überreglementierung vermieden werden.

Seit dem letzten Herbst sind Sie Schweizer. Weshalb wollten Sie mit 65 Jahren noch den Schweizer Pass?

Erst seit 2007 ist es möglich, dass man die deutsche Staatsbürgerschaft nicht aufgeben muss, wenn man eine zweite Staatsbürgerschaft annimmt. Die ersten 38 Jahre habe ich in Deutschland gelebt und dort meine Ausbildung erhalten. Seit 27 Jahren arbeite ich nun in der Schweiz. Weil ich politisch sehr interessiert bin, wollte ich auch wählen und abstimmen. Es war fantastisch, dass ich bei den National- und Ständeratswahlen im letzten Oktober mitwählen konnte.

Wollen Sie noch in die Politik einsteigen?

Nein, das ist nicht meine Welt. Zwar berate ich Personen aus der Politik, doch den politischen Kampf würde ich nicht durchstehen, weil dort nicht nur das Argument zählt.

Interview: Stefan Schnyder/Urs Egli

ANZEIGE

Wenn schon, denn schon

KLINIK SCHLOSS MAMMERN
8265 Mammern am Bodensee
Tel. +41 52 742 11 11
Fax +41 52 742 16 11
mail@klinik-schloss-mammern.ch
www.klinik-schloss-mammern.ch
www.swissleadinghospitals.ch

Wenn schon, denn schon

KLINIK SCHLOSS MAMMERN
8265 Mammern am Bodensee
Tel. +41 52 742 11 11
Fax +41 52 742 16 11
mail@klinik-schloss-mammern.ch
www.klinik-schloss-mammern.ch
www.swissleadinghospitals.ch

Wenn schon, denn schon

KLINIK SCHLOSS MAMMERN
8265 Mammern am Bodensee
Tel. +41 52 742 11 11
Fax +41 52 742 16 11
mail@klinik-schloss-mammern.ch
www.klinik-schloss-mammern.ch
www.swissleadinghospitals.ch

Wenn schon, denn schon